



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2251
VORLAGE

DER STAATSSSEKRETÄR

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

14. Juli 2022

Mein Aktenzeichen
0102-0001#2022/0089-1401
MB.0012

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5365
06131 16-175365

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität vom 24. März 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum

TOP 6) Mangelnde Sicherheit der Atomenergie

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 18/1497

zugesagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Hauer

1/4

Verkehrsanbindung

Ⓜ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☞ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 6) Mangelnde Sicherheit der Atomenergie, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 18/1497, AKEM vom 24.03.2022

Bevor ich auf die mangelnde Sicherheit der Atomenergie und die damit verknüpfte Frage des Weiterbetriebes der noch am Netz befindlichen deutschen Atomkraftwerke zu sprechen komme, möchte ich zunächst auf den Beitrag der Kernenergie zur rheinland-pfälzischen Energieversorgung eingehen.

Entsprechend der amtlichen Energiebilanzen des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz hat die Kernenergie in den zurückliegenden Jahren keinen Beitrag zur rheinland-pfälzischen Energieversorgung geleistet. Die Kernenergie liefert in Rheinland-Pfalz weder für die Strom- und Nutzwärmeerzeugung noch für die entsprechenden Verbräuche einen Beitrag. Die wesentlichen Säulen der rheinland-pfälzischen Stromerzeugung bilden die Erneuerbaren Energien mit einem Anteil von über 52% sowie hocheffiziente Erdgas-KWK-Anlagen mit einem Anteil von über 37%. Im Bundesvergleich erzeugt Rheinland-Pfalz somit bereits heute seinen Strom überwiegend regenerativ und hocheffizient.

Der Anteil des Stromimports am Stromverbrauch des Landes ist insbesondere durch den starken Ausbau der Erneuerbaren Energien von ca. 73% in 1990 auf ca. 25% in 2019 stark zurückgegangen. Der verbleibende Stromimport zur Deckung des rheinland-pfälzischen Strombedarfs kann energiestatistisch nicht auf eine Stromerzeugungsart oder konkrete Kraftwerksstandorte außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz zurückgeführt werden.

Kommen wir nun zur Sicherheit der Atomenergie: Wir alle haben die schrecklichen Bilder der Zerstörungen und des Leides des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands in der Ukraine im Kopf. Der Angriff auf die größte Kernkraftanlage Europas in Saporischschja und die Kämpfe um Tschernobyl haben erneut deutlich gezeigt, dass die Atomenergie eine dauerhafte Gefahr für ganz Europa und Rheinland-Pfalz darstellt.

Um mehr Unabhängigkeit von fossilen Brennstofflieferungen aus Russland zu erreichen, wurde in den vergangenen Wochen die Möglichkeit eines Weiterbetriebes der deutschen Atomkraftwerke aufgrund des „Ukraine-Kriegs“ diskutiert.

Lassen Sie mich an dieser Stelle klarstellen: Diese Idee ist aus vielerlei Hinsicht nicht sinnvoll und wird von uns abgelehnt.



Neben einer notwendigen, umfangreichen Änderung des Atomgesetzes würde eine Verlängerung der Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen drei Atomkraftwerke im Winter 2022/2023 keine zusätzlichen Strommengen bringen, da diese Atomkraftwerke keine neuen Brennelemente besitzen. Die Brennelemente sind nur bis zum terminierten Laufzeitende ausgelegt.

Daher ist der energiewirtschaftliche Mehrwert einer Laufzeitverlängerung sehr begrenzt. Im Winter 2022/23 hilft sie nicht, sondern verschiebt bzw. streckt nur die Stromproduktion in den Sommer (sogenannter Streckbetrieb). Ab dem Herbst 2023 würden zwar, sollten neuen Brennelemente eingebracht werden können, ggf. zusätzliche Strommengen geliefert werden, ein Ersatz von Gasmengen findet aber kaum statt, da Gaskraftwerke ohne Kraftwärmekopplung, also zur reinen Stromproduktion, in einer Gaskrisensituation ohnehin kaum zum Einsatz kommen.

Weiterhin müsste eine Laufzeitverlängerung unmittelbar mit einer erneuten Durchführung der zuletzt 2009 stattgefundenen umfangreichen Sicherheitsprüfung für jedes der drei in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke einhergehen. Aktuell kann nicht belastbar abgeschätzt werden, in welchem Umfang aufgrund dieser Sicherheitsüberprüfung Nachrüstanforderungen entstehen und in welchem Zeitraum (und zu welchen Kosten) diese durchgeführt werden können.

Selbstredend können keine Abstriche bei der deutschen Sicherheitsphilosophie beim Betrieb der Atomkraftwerke hingenommen werden. In der Konsequenz würde dies im Zweifel dazu führen, dass kein ununterbrochener Betrieb der Atomkraftwerke stattfinden würde, sondern dass gerade im Zeitraum 2022-2024 umfangreiche Nachrüstprogramme und damit einhergehende Stillstandszeiten zu erwarten wären. Was würde da ein Weiterbetrieb bringen?

In verfassungsrechtlicher Hinsicht bedürfte eine Verlängerung der Laufzeiten einer umfassenden neuen Risiko- und Güterabwägung des Gesetzgebers.

Mit Blick auf die Risiken der Kernenergienutzung und dem Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, gerade auch angesichts der neu zu betrachtenden Risiken als Konsequenz des Ukraine-Krieges, sind hier hohe Hürden zu sehen. Angesichts des begrenzten Beitrags der verbliebenen Atomkraftwerke zur Stromversorgung bleiben Zweifel, ob eine Verlängerung in der aktuellen Situation so verfassungsrechtlich belast-



bar begründet werden könnte. Die zu erwartenden Klagen gegen eine mögliche Laufzeitverlängerung hätten vor diesem Hintergrund durchaus aussichtsreiche Erfolgschancen.

Wir haben unsere Lehren aus Fukushima gezogen und unternehmen alle diese Anstrengungen, um einen sicheren und geordneten Atomausstieg - in ganz Europa - weiter voran zu treiben. Zu unseren Aktivitäten in Hinblick auf unseren französischen Nachbarn, habe ich gerade bereits berichtet. Wir setzen uns deshalb weiterhin und verstärkt für die zukunftsfähige und saubere Energiegewinnung auf der Basis Erneuerbarer Energien und gegen nukleare Risikotechnologien ein.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gilt es umso mehr, die heimischen Erneuerbaren Energien noch schneller auszubauen, um uns unabhängiger zu machen von Energielieferungen aus Russland, insbesondere vom russischen Erdgas oder russischen Uran.

Wirkliche Sicherheit werden wir erst dann haben, wenn wir einen europaweiten Atomausstieg erreichen und Lösungen für die Endlagerung finden.